

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Gesundheit und Soziales
Abteilung Soziales
Postanschrift 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den
Präsidenten des NÖ Landtages

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 04.02.2009
zu Ltg.-**40/R-1-2008**
~~-Ausschuss~~

Beilagen
GS5-A-100/045-2008
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Bürgerservice-Telefon 02742-9005-9005

In Verwaltungsfragen für Sie da. Natürlich auch außerhalb
der Amtsstunden: Mo-Fr 07:00-19:00, Sa 07:00-14:00 Uhr

-	Bezug	Bearbeiter	(0 27 42) 9005 Durchwahl	Datum
		Dr. Ptacek	12738	27. Jänner 2009

Betrifft
Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2007;
Zusammenführung der Krankenversicherungsträger; Resolutionsantrag; Endbericht

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 3. Juli 2008, Ltg. - 40/R-1-2008, betreffend die *Zusammenführung der Krankenversicherungsträger* hat die NÖ Landesregierung den Beschluss des Landtages an die Bundesregierung, z. H. des Herrn Bundeskanzlers, weitergeleitet.

Es wurde an die Bundesregierung das Ersuchen gestellt, alle erforderlichen Schritte zur Umsetzung des angeführten Landtagsbeschlusses zu veranlassen. Weiters wurde auch an den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger appelliert, alle erforderlichen Schritte zur Umsetzung des angeführten Landtagsbeschlusses zu veranlassen.

Das Bundeskanzleramt nahm mit Schreiben vom 5. November 2008 Stellung wie folgt:

„Bekanntlich konnte die Reform der Krankenversicherungsträger durch die vorzeitige

Beendigung der XXIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates nicht mehr beschlossen werden. Eine solche Maßnahme bleibt daher der künftigen Bundesregierung vorbehalten.

Unabhängig davon ist aber zu bemerken, dass die von Ihnen gewünschte "Zusammenführung aller Krankenversicherungsträger auf Landesebene" jedenfalls im Hinblick darauf, dass das Sozialversicherungswesen in die Kompetenz des Bundes fällt, eine grundlegende Veränderung des Systems bis hin zu Änderungen auf Verfassungsebene bedeuten würde und den bisherigen Bestrebungen nach einer zunehmenden Vereinheitlichung, die von der österreichischen Bevölkerung erwartet wird, widerspräche.“

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

Mit freundlichen Grüßen
NÖ Landesregierung
Mag. Scheele
Landesrätin

elektronisch unterfertigt